

Unter anderem in dieser Ausgabe:

DEBATTE: BEITRÄGE ZU BUNDES- UND STADTVERBAND s. 2 & 3

DYNAMISCH: SKATEN IM ROLLSTUHL s. 4 - 5

DEBATTE II: KRITIK AN POLIZEILICHER PRAXIS s. 5

DÜRFTIG: UNTERSTÜTZUNG VON MIETER*INNEN s. 10

Veranstaltungstipp

Sommerkino

Die AG Cuba Sí Regionalgruppe Leipzig und die globalLE laden zum Sommerkinound zeigen von Ende Juli bis Ende August vier Filme zu Kuba.

siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt

Doppel-Ausgabe 7-8/2020 Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Am 4. Juli 2020 demonstrierten in Leipzig mehrere Menschen gegen den Krieg in den kurdischen Gebieten und die anhaltenden deutschen Waffenexporte, die auch weiterhin in die Türkei stattfinden.

Bild: Marco Böhm

Besondere Vorzeichen

Adam Bednarsky DIE LINKE. Leipzig bereitet sich auf „Corona-Parteitag“ im Herbst vor

Die aktuellen Schwierigkeiten von Parteiarbeit unter dem Vorzeichen der aktuellen Corona-Pandemie haben wir in den letzten Monaten leidvoll gemeinsam erfahren müssen. Dennoch muss es irgendwie weitergehen und der Stadtvorstand versucht, im Herbst alle notwendigen Parteitage zu organisieren. Natürlich stehen diese Planungen unter dem Vorbehalt, dass eine zweite Corona-Welle alle Planungen wieder über den Haufen werfen könnte. Vorbehaltlich dessen wollen wir am Samstag, den 26. September (9:00 Uhr, Felsenkeller), unseren regulären Stadtparteitag durchführen. Wahrscheinlich kann – so die aktuellen Informationen – der Felsenkeller

abgestimmt mit dem Gesundheitsamt Leipzig eine Veranstaltung in geschlossenen Räumen durchführen, die in etwa unseren Ansprüchen (Planung zwischen 300 und 500 GenossInnen) entspricht. Dadurch wäre folgende Zeitschiene protokollarisch bindend:

Aufgabe	Datum
Einberufung durch den Stadtvorstand	14.07.20
Besetzung Kommissionen	ab 14.07.20
Antragsschluss für GenossInnen	28.08.20
Erstellung des Materialien-Heftes	29.08. - 3.09.20
Zusendung Einladung an Mitglieder und Veröffentlichung auf Homepage	04.09.20
Mitteilungsblatt	31.08.20
Freitagspost	18.09.20 & 25.09.20
PM zum SPT	22.09.20
Tag der Versammlung	26.09.20
PM zur Auswertung SPT	26.09.20

Aus gegebener Verantwortung gegenüber unseren GenossInnen wird in Abstimmung mit dem Landesverband bei diesem Parteitag ein gesondertes Abstands- und Hygienekonzept zur Geltung kommen (hier sind wir in ständiger Abstimmung, Änderungen sind wahrschein-

lich). Beispielsweise wird der Tagungsraum in verschiedene und voneinander abgetrennte Sektoren untergliedert, wo GenossInnen gebeten werden, während der gesamten Veranstaltung zu verbleiben. Auch unterschiedliche Zugänge und feste Wahlkommissionen für die jeweiligen Sitzbereiche planen wir ein. Eine große organisatorische Leistung steht uns bevor. Wir haben bereits bei anderen Kreisverbänden um Unterstützung ersucht, verbunden mit dem Angebot, diese bei ihren Veranstaltungen zu unterstützen. Der Zeitplan ist selbst unter normalen Umständen (Wahl des Stadtvorstandes, Wahl der Kommissionen (wie beispielsweise Finanzrevisionskommission)) schon mehr als sportlich. Durch den Corona bedingten Ausfall des Stadtparteitages am 9. Mai 2020 wird es zur echten Herausforderung, da nunmehr auch die Wahl der zahlreichen Delegierten für den Landesparteitag und den Landesrat zusätzlich erfolgen müssen. Wir bitten um Verständnis, dass wir für diesen Tag einen Zeitplan vorgeschlagen haben, der das protokollarische Minimum respektive organisatorische Optimum fixiert. Für den September planen wir eine duale Online-Basiskonferenz, die Raum für breitere Diskussionen ermöglicht. Um auch GenossInnen, die nicht die technischen Möglichkeiten für Online-Diskussionen besitzen, einbinden zu können, möchten wir Leipziger Abgeordnete und die Stadtbezirksverbände bitten, an zentralen Orten Präsenzveranstaltungen (unter

Dezentrale Online Basiskonferenz

Da der Stadtparteitag als Wahlparteitag geplant wird, es aber nach den Monaten des Social-Distancing unter unseren Genossinnen und Genossen sicher Rede- und Diskussionsbedarf gibt, planen wir eine dezentrale Online-Basiskonferenz durchzuführen. Diese findet am Dienstag, dem 15. September, ab 18:30 Uhr im Internet, unseren Büros und an sonstigen LINKE Treffpunkten statt. Ziel dabei ist es, sich dezentral zu versammeln, Mitgliedern mit und ohne Internet eine Teilnehmungsform zu bieten und stadtweit über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Doppelausgabe Juli/August: Diese Ausgabe des MiB ist die Sommerzeitung 2020. Die nächste Ausgabe erscheint dann erst am 15. September 2020. Redaktionsschluss ist der 31. August 2020.

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Sozialberatungen der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Dies gilt ebenso für die Sitzungen der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat und die Ratsversammlung. Auf Grund der Sommerpause finden in den nächsten beiden Monaten weniger Beratungen als üblich statt.

Sprechstunden:

- Online-Bürgersprechstunden mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann. Instagram: Do. 26. Juli 2020, 19:00 - 19:30 Uhr
- Mo. 24. August 2020, 16:00 Uhr, Wahlkreisb. Grünau, Stuttgarter Allee 18: Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Do. 3. September 2020, 17:00 Uhr, BV Leutzsch, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Dr. Volker Külöw

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit Marko Forberger
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18, Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 32, Sozialberatung mit Marko Forberger
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 9. September & Mi. 23. September, 17:00 Uhr Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi. 16. September 2020, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Einhalt der Abstands- und Hygieneregeln) durchzuführen. Auf diesen sollen die GenossInnen auf einer Leinwand oder Bildschirm die Online-Basiskonferenz mitverfolgen und sich bei Wortmeldungen vor Ort mit in die Debatte einbringen können. Das ist gewiss eine Neuerung unserer Parteiarbeit, aber ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Experiment erfolgreich meistern werden. Ursprünglich hatten wir geplant, dass wir am 26. September auch die Wahl der LandesvertreterInnen (Aufstellung der Bundestagsliste 2021) und der beiden Leipziger LINKE-DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl 2021 realisieren können. Leider ist dies aufgrund der vorab notwendigen Ratifizierung des Aufstellungs- und Wahlverfahrens beim Landesparteitag, der erst am 10. Oktober stattfindet, nicht möglich. Offenkundig müssen wir im November bereits die nächste Großveranstaltung planen. Um dort die logistischen Rahmenumstände in den Griff zu bekommen, schlagen wir aktuell vor, den Leipziger Nord- und Südwahlkreis zu trennen. Aktuell – vorbehaltlich aller Corona-Problemlagen – planen wir für den

Du möchtest Dich für den Stadtvorstand bewerben?

Dann kannst du bis zum 30. August 2020 an die Redaktion des Mitteilungsblattes einen kleinen Text und ein Foto schicken. Der Text sollte nicht mehr als 1.800 Zeichen (plus Vor- und Zuname) beinhalten und auch sagen, für welche Funktion Du kandidierst. Das Foto wäre im Passbildformat am besten. Beides bitte per Mail an Kay Kamieth: kay.kamieth@dielinke-leipzig.de schicken. Die Bewerbungen für den Stadtvorstand werden im Septemberheft veröffentlicht.

7. November (vormittags: Südwahlkreis; nachmittags: Nordwahlkreis).

Diese Veranstaltungen stellen uns vor enorme organisatorische Herausforderungen und ich kann nur hoffen, dass wir uns diesbezüglich solidarisch unterhaken und gemeinsam zum Erfolg dieser Veranstaltungen beitragen. Als Ansprechpartner steht euch Kay Kamieth in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus gern zur Verfügung.

Nicht jede Krise ist auch eine Chance

Volker Külöw Nachdem es um den Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS) nicht nur wegen Corona in den letzten Monaten etwas still geworden war, meldet er sich in Gestalt des Doppelheftes 9/10 wieder mit kräftiger Stimme zurück. Der Titel „Corona - Weltwirtschaftskrise - die Linke“ verweist dabei auf das anspruchsvolle Ziel der neuen Publikation. Es geht darum, die durch die Coronapandemie drastisch veränderten Kampfbedingungen sowohl der gesellschaftlichen Linken als auch der gleichnamigen Partei genauer unter die Lupe zu nehmen und strategische Schlussfolgerungen für das künftige Agieren zu ziehen.

In ihrem Einleitungsbeitrag gehen Volker Külöw und Ekkehard Lieberam unter der Überschrift „Linkes Wunschenken und Regierungsversessenheit im krachenden Kapitalismus“ zunächst kritisch mit den aktuellen Überlegungen eines Spitzenquartetts der LINKEN um, die fairerweise in der Broschüre komplett abgedruckt sind. Das inmitten der Krise formulierte Credo von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jürgen Schindler, Harald Wolf lautete Mitte Mai bekanntlich: „Die Linke sollte bei den künftigen Bundestagswahlen offensiv das Ziel eines Politik- und Regierungswechsels vertreten.“ Für Külöw/Lieberam handelt sich um eine von Wunschenken bestimmte Strategie. Sie diagnostizieren elementare Schwächen hinsichtlich der Analyse der Situation und vor allem der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse in der BRD. Sie kommen zu der Schlussfolgerung, dass damit der Linkspartei eine abenteuerlicher Richtungswechsel aufgezwungen werden

soll – der Übergang zum offensiven Bundestagswahlkampf für „r2g“.

Külöw/Lieberam zufolge bieten die derzeitigen machtpolitischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik keinerlei Voraussetzungen auf einen Regierungskurs des „linken Lagers“, kombiniert mit „Druck von unten“. Auch im Rahmen der Strategiekonferenz in Kassel am 29. Februar/1. März 2020 wurde die Regierungsfrage bekanntlich ausführlich debattiert. Einen Konsens darüber, die Gesellschaftsstrategie der Partei auf Regierungsteilnahme auszurichten, gab es jedoch nicht. Ganz im Gegenteil: Die TeilnehmerInnen waren in dieser Frage tief gespalten. Es gab deutliche Warnungen vor einem solchen Kurs und viel Skepsis zu der Einschätzung, es existiere ein „linkes Lager“ im Parteiensystem. In den Papieren, die der Strategiekonferenz vorlagen, sucht man einen solchen Konsens vergeblich. 234 Positionspapiere waren von 341 Genossinnen und Genossen und 48 BO's, Arbeitsgemeinschaften, Kreisverbänden usw. im Umfang von 563 Seiten vorgelegt worden. Die „Regierungsfrage auf Bundesebene“ spielte in 59 Beiträgen bzw. Positionspapieren eine wichtige Rolle. Acht Genossinnen und Genossen, vor allem führende PolitikerInnen der Linkspartei, stimmten damals tatsächlich bereits für eine offensive Wahlkampfleitung bei Bundestagswahlen zu Gunsten von r2g mit „ja“; „eher ja“, aber unter wichtigen inhaltlichen Voraussetzungen, sagten 18; für „eher nein“ plädierten 19 und für „deutlich nein“ 14. Ergebnis einer linken Strategiedebatte sollten für Külöw/Lieberam die Ausarbeitung eines Konzepts „revolutionärer Realpolitik“

(Rosa Luxemburg) sein. Zu den Eckpunkten eines solchen Konzepts zählen die Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Zustände, die Massenmobilisierung für substantielle Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, das Ausschöpfen des demokratischen Potentials von Oppositionspolitik, der jeweils spezifische Kampf um soziale und politische Verbesserungen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie nicht zuletzt der Bruch mit der Politik des Brückenschlags zu den Regierenden.

Neben dem Einleitungsbeitrag bietet das LKS-Doppelheft viele kluge Stellungnahmen bekannter AutorInnen, die teilweise an anderer Stelle schon publiziert wurden, mitunter aber schwer zugänglich sind. Dazu zählen der Beitrag des Jenenser Soziologen Klaus Dörre „Nicht jede Krise ist auch eine Chance“ und die beiden Interviews mit Wilhelm Heitmeyer aus der ZEIT und mit Wolfgang Streeck aus der FAZ. Viel Raum nimmt auch der exklusive Vorabdruck aus dem Buch „Corona, Krise, Kapital“ ein, das eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pande-

mie aufzeigen möchte. Auch der Nachdruck aus der Zeitschrift Z „Der ‚Große Lockdown‘ und linke Politik: Probleme, Perspektiven, offene Fragen“ bietet reichhaltigen Stoff für alle interessierten LeserInnen.

① Herausgeber: Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS); Heft 9/10 „Corona – Weltwirtschaftskrise – die Linke“. 104 Seiten, Redaktionsschluss 29. Mai 2020. Die Broschüre gibt es im Blog des LKS (liebkecht-kreis.blogspot.com) oder in gedruckter Fassung im Liebknecht-Haus für 2 €.

Sozial untereinander, solidarisch miteinander

Ricky Burzlaff Ideen für die Weiterentwicklung unseres Stadtverbandes

Vor weit über einem Jahr wurde innerhalb unseres Stadtverbandes die Arbeitsgemeinschaft „United“ gegründet, in der wir es uns zum Ziel gesetzt haben, Geflüchteten in Leipzig die verstärkte Möglichkeit der Teilhabe an politischen Aktivitäten und linker Politik zu geben, um auch ihre Ideen und Vorschläge in die Parteilarbeit einzubringen und auf ihre Probleme, Nöten und Wünsche verbessert einzugehen. Politisch engagierten und interessierten Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern konnten wir schon dabei helfen und drei von denen entschieden sich sogar dafür, GenossInnen unserer Partei zu werden. In den nächsten Wochen und Monaten werden es voraussichtlich noch mehr werden. Neben verschiedenen Hilfestellungen in ihrem alltäglichen Leben organisierten wir verschiedene Projekte gemeinsam mit allen AG-Mitgliedern, wie z.B. ein Filmprojekt über die Begegnung von Geflüchteten mit dem Holocaust und einigen Überlebenden, Aktionen gegen den Alltagsrassismus u.a. in Leipziger Diskotheken, Veranstaltungen zu den politischen Situationen in den jeweiligen Herkunftsländern der AG-Mitglieder, das Zeigen von Solidarität mit diskriminierten Minderheiten, ein Besuch von Flüchtlingslagern im Ausland, aber auch Landtags- und EU-Parlamentsfahrten zur politischen Bildung. Und die Zukunft bringt noch viele neue Projekte.

Die AG haben wir gegründet, da es bislang für Geflüchtete relativ schwierig war, sich aktiv in unserem Stadtverband einzubringen. Viele Gespräche mit ihnen und anderen GenossInnen sowie SympathisantInnen haben mich dazu bewegt, mir ebenfalls Gedanken um unseren Stadtverband und dessen Ausrichtung sowie strukturellen Aufbau zu machen. Dazu gehören zehn inhaltliche Punkte, die ich als Diskussionsgrundlage mit in den Prozess um die womöglich veränderte Ausrichtung unseres Stadtverbandes einbringen möchte. Neben der Förderung von der bereits oben angesprochenen parteiinternen Arbeit mit Flüchtlingen müssen die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften (AGs) stärker in die Entscheidungsfindung des Stadtverbandes sowie in die politische

Arbeit der Fraktionen auf den verschiedenen Ebenen einbezogen werden. Das würde mehr GenossInnen und SympathisantInnen dazu bewegen, sich aktiv in einer AG oder einen Jugendverband einzubringen und die basisdemokratischen Mitmachmöglichkeiten innerhalb unserer Partei beflügeln. Die Einführung einer parteiinternen sozialen Plattform zur Erleichterung unserer Arbeit, für politische Diskussionen aller Art und zur Reduzierung der Bürokratie ist ein weiterer Punkt, der in Zukunft mitbedacht werden sollte. Beispielsweise könnte ein soziales Intranet verwendet werden, fungierend als soziales Netzwerk, wo Debatten stattfinden können, Themen diskutiert werden oder sich einfach nur ausgetauscht werden kann. Chat- und Videofunktionen für Videokonferenzen, kurzfristig anberaumte Sitzungen sowie Stadtvorstands- und AG-Treffen, ein Kalender, wo von allen Nutzern des Intranets Termine für alle sichtbar eingetragen werden können und damit Terminüberschneidungen der verschiedenen Anlaufstellen unseres Stadtverbandes vermieden werden können, aber auch das Hochladen und der Austausch von Dokumenten und Vorlagen für einzelne AGs oder Sitzungen können weitere nützliche Tools sein. Die entsprechende technische Umsetzung gibt es bereits und sollte kein Hindernis mehr darstellen.

In Zukunft müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten, KandidatInnenaufstellungen für Wahlen und Posten fairer und transparenter zu gestalten. Dazu gehört, dass jedem Kandidaten oder jeder Kandidatin die gleichen Möglichkeiten der Vorstellung und Bewerbung gegeben werden. Offizielle Vorschläge vom Stadtvorstand für die Wahl von KandidatInnen sollte es nach Möglichkeit nicht mehr geben.

Um die Verankerung unserer Partei in den einzelnen Ortsverbänden zu stärken, sollte es in den zukünftigen Zusammensetzungen des Stadtverbandes einen zuständigen Genossen oder eine Genossin geben, die für die Kommunikation und den Austausch mit den Basisorganisationen und OV's steht und als Verbindung zwischen Stadtvorstand und Basis fungiert. Dabei soll innerhalb dieses

Austausches eine ständige Analyse der politischen und parteistrukturellen Situation in den einzelnen Stadtbezirken erfolgen, um schnell und bedacht entsprechende Maßnahmen als Stadtverband ergreifen zu können. Die zuständige Person sollte auch an den Sitzungen der OV's teilnehmen und die Anregungen, Diskussionen sowie Bitten/Anträge mit in den Stadtvorstand nehmen. DIE LINKE Leipzig soll eine attraktive Anlaufstelle für unsere GenossInnen und andere BürgerInnen der Stadt darstellen. Dazu gehört eine Öffnung des Liebknechthauses, wo man willkommen ist und sich als Gast oder GenossIn wohlfühlt. Wir müssen offener werden für neue Ideen, andere GenossInnen in ihren Aktivitäten unterstützen und ein solidarisches Verhältnis untereinander und zwischen den einzelnen Anlaufstellen und Abgeordnetenbüros pflegen. Dazu gehört, dass Probleme und Konflikte zunächst innerhalb der Partei fair und sachlich diskutiert werden. Jeder macht Fehler, deshalb müssen wir selbstkritischer unser eigenes Handeln der Vergangenheit hinterfragen und erörtern, wie wir verschiedene Dinge besser und zielgerichteter angehen.

Zukünftig muss im Stadtvorstand und an der Basis der Diskussionsprozess starten, wie ein Wahlkampf von DIE LINKE in Leipzig in Zukunft aussehen kann, unter Beachtung finanzieller, ökologischer und Wirksamkeitsfaktoren. Zu diskutieren wäre u. A. der Aufwand-Nutzen-Quotient vom Hängen normaler Plakate bis hin zur Materialschlacht. Ich finde, dass wir als LINKE mehr auf Mitmachaktivitäten und Vernetzung setzen sollten, als auf Informationszuschüttung der BürgerInnen und GenossInnen, was als Nebeneffekt zudem Kosten sparen würde. Weiter muss die Frage geklärt werden, wie wir mit immer geringeren finanziellen Ressourcen Wahlkämpfe organisieren, ohne dabei auf bisherige Aktivitäten und Veranstaltungen sowie solidarische und soziale Aktionen zu verzichten.

Ich freue mich vor und nach der nächsten Stadtvorstandswahl im September auf anregende Diskussionen um die Weiterentwicklung unseres Stadtverbandes.



Bild: (C) Claudia / David Scholz

Wheelchair Skate Day im Conne Island

Claudia Scholz Skaten im und mit dem Rolli

Stigmatisierung begegnet Menschen im Rollstuhl fast alltäglich, nonverbal zum Beispiel durch ständiges Anstarren oder verbal und körperlich durch übergriffige Fürsorge. Diskriminierung und Ausgrenzung aus gesellschaftlichen Kontexten sind die Folge, wodurch Menschen zusätzlichen psychische Belastungen ausgesetzt sind. Der Fachbegriff dafür ist Ableism, Behindertenfeindlichkeit. Und obwohl Inklusion seit der UN-Behindertenrechtskonvention Gesetz ist, ist die Umsetzung ziemlich träge. Trotzdem ist es wichtig, nicht immer nur auf Probleme aufmerksam zu machen, sondern auch positive Beispiele aufzuzeigen und diese zu unterstützen. Deshalb hier ein kurzer Beitrag über die Sportart WCMX, das ist die Abkürzung für WheelchairMX und bezeichnet das Skaten mit dem Rollstuhl:

Einmal jährlich findet in der Skatebowl im Conne Island der Wheelchair Skate Day statt, so auch dieses Jahr im Juni. Die Leute vom Conne Island planen die Veranstaltung inklusive Rahmengestaltung und unterstüt-

zen am Tag. Zum Skaten kommen jedoch die Profis von sit'n'skate, Lisa Schmidt und David Lebuser aus Hamburg. Beide nutzen den Rolli als Hilfsmittel im Alltag, als Sportgerät in der Freizeit, sind deutsche Meister*innen im WCMX und haben internationale Titel in dem Sport errungen. Mehr Infos und durchaus faszinierende Videos findet ihr online unter sitskate.de. Die Ausrüstung für mehrere Teilnehmer*innen bringen sie mit. Die Veranstaltung ist generationen- und geschlechterübergreifend, für Menschen mit und ohne motorische Einschränkungen und es gibt kein Mindestmaß an Erfahrungen in dem Sport, was man mitbringen muss. Trotzdem ist genug Raum dafür da, sich über Ausrüstung und Tricks fachlich auszutauschen. Kinder ab fünf Jahren versuchen sich gemeinsam mit erfahrenen Weltmeister*innen. Inklusiver kann so ein Event kaum sein. Es wird geübt, Rampen runterzuspringen (Drop In), auf den Hinterrädern zu balancieren (Wheelie), freihändig durch die Bowl zu düsen usw.. Alles auf Augenhöhe, mit Geduld

und guter Laune.

Wheelchair Skating hat seinen Ursprung in den USA. Aaron Fotheringham schaffte es, den weltweit ersten Rollstuhl-Back-Flip zu landen. Das Video davon ging um die Welt und war der Beginn einer ganz neuen Sportart. In Europa ist es ein noch recht unbekannter Sport. Mittlerweile gibt es aber auch hier Meisterschaften und Rollifahrer*innen sind keine Ausnahme mehr in Skateanlagen. Inklusion bedeutet, dass Straßen, Bahnen oder Gebäude barrierefrei seien sollten, damit Betroffene im Alltag gut zurecht kommen und auf Hilfe Dritter verzichten können. Es bedeutet aber auch, dass die Barrieren in den Köpfen der Nicht-Betroffenen abgebaut werden sollten und so ein Miteinander auf Augenhöhe ermöglicht wird. Egal ob im Skatepark, bei der Arbeit oder in politischen Diskursen.

Danke an das Team von sit'n'skate und das Conne Island, für die Orga, euren Enthusiasmus und eure Utopie: Destroying Stereotypes!

Nicht nur Black Lives Matter zeigt: Polizeikritik ist nötig

Juliane Nagel Mit den Ereignissen in Minneapolis (USA) und dem durch einen Polizisten verursachten Tod von George Floyd schwappte die Debatte um Rassismus und rassistische Polizeigewalt bis nach Europa und nach Deutschland. In Leipzig demonstrierten am 7. Juni 15.000 Menschen.

Die Proteste unter dem Motto Black Lives Matter sind anders als es antirassistische Proteste zuvor waren. Wir erleben eine neue Generation von Menschen mit Migrationsgeschichte, die selbstbewusst Forderungen artikulieren und mit schonungsloser Offenheit über ihre eigenen Diskriminierungsgeschichten berichten. Die Stimmen der Betroffenen rücken in den Vordergrund und das ist gut so. Wir hören erschütternde Erfahrungsberichte über rassistische Erfahrungen, die von exotische Zuschreibungen, bösen Blicken über offene Bedrohungen und Gewalt bis hin zu schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche reichen. Und es geht um rassistische Kontrollen durch die Polizei („racial profiling“) und rassistische Polizeigewalt.

Oft werden diese Erfahrungen mit Aussagen wie „aber in Deutschland ist es nicht so schlimm wie in den USA“ relativiert. Und es stimmt: Wir haben in Deutschland eine ganz eigene Geschichte der Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt an Menschen, die eine andere Hautfarbe haben.

Die Parteinarbeit der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken für die vielen Black and People of Color, die auf den Plätzen der Bundesrepublik über ihre eigenen negativen Erfahrungen mit der Polizei sprachen, sorgte für Stürme der Entrüstung. Das zufällig in dieser Zeit in Berlin erlassene Antidiskriminierungsgesetz, welches auch Behörden an den im Grundgesetz verfassten Gleichbehandlungsgrundsatz bindet und es Betroffenen von Diskriminierung erleichtert, ihre Rechte durchzusetzen, brachte wütende Vertreter*innen der Polizeigewerkschaften und konservative Politiker*innen auf den Plan.

Kritiker*innen polizeilichen Handelns wird schnell vorgeworfen, zu pauschalisieren, mit Recht und Gesetz zu fremdeln oder gar staatsfeindlich zu sein. Erinnert sei auch an die aufgeregten Reaktionen auf die Kritik am polizeilichen Agieren und Polizeigewalt zu Silvester am Connewitzer Kreuz.

Auch die aktuelle Debatte zeigt, dass insbesondere konservative Teil der Gesellschaft die Polizei vor jeder Kritik immunisieren wollen.

Das linXXnet hat sich vor diesem Hintergrund mit einem Brief an den Vorsitzenden unserer Fraktion im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch, gewandt, der schnell in den Chor derer einstimmt, die sich an die Seite der Polizei stellen. Er warf Esken vor, die Polizei unter Generalverdacht zu stellen anstatt sich an die Seite derer zu stellen, die in authentischer Weise über ihre schlechten Erfahrungen berichten.

In dem Brief heißt es:

„Wir erheben keinen Generalverdacht. Natürlich sind nicht alle Polizist*innen rassistisch. Tatsächlich ist die Polizei im Zuge der aktuellen Diskussion auch noch von keiner Seite „unter den Generalverdacht des Rassismus“ gestellt worden. Die einzigen, die jenes behaupten, sind konservative und rechte Politiker*innen sowie die Wortführer der Polizeigewerkschaften, welche mit verzerrten Statistiken über tätliche Angriffe auf Polizeibeamt*innen und vermeintlich mangelnde Anerkennung der Polizei in der Bevölkerung alle Polizist*innen als Opfer inszenieren und somit eine Emotionalisierung der Diskussion erreichen wollen, die ihnen sehr gelegen kommt. Schließlich lässt sich damit umso einfacher verschleiern, dass die Regierungen und großen Polizeigewerkschaften letztendlich die Schuld daran tragen, dass wir strukturellen Rassismus und demokratiefeindliche Bestrebungen innerhalb der Polizei nur als „Verdächtigungen“ benennen können – denn seit jeher stemmen sich CDU, DPOIG und GdP mit aller Kraft gegen tiefgreifende Studien zu diskriminierenden

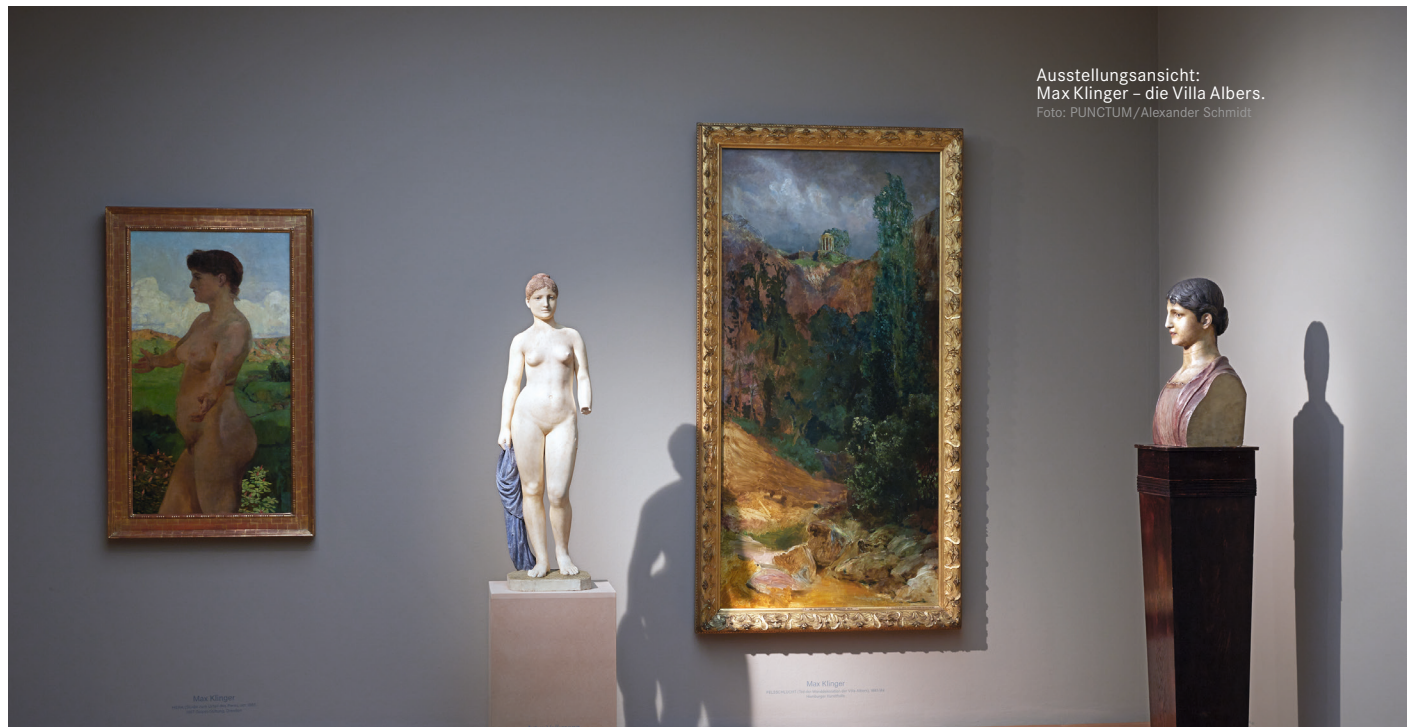
Einstellungen bei der Polizei, unabhängige Beschwerdestellen, eine Dokumentationspflicht von Personenkontrollen oder eine Kennzeichnungspflicht, also schlichtweg jede Form der demokratischen Kontrolle und Transparenz polizeilichen Handelns.“

Wie es um den Sicherheitsapparat insbesondere in Sachsen bestellt ist, können wir mit dem so genannten „Fahrradgate“, dem korrupten Netzwerk in der Polizei, das Handel mit gestohlenen Fahrrädern trieb, oder dem Skandal um den neuen Präsidenten des „Landesamtes für Verfassungsschutz“, der das Sammeln von Informationen über besonders rechte AfD-Abgeordnete verhindern wollte, gut beobachten. Zahlreiche Enthüllungen der vergangenen Jahre über Chat-Gruppen, in denen Polizeischüler rassistische Parolen austauschten, Erfahrungsberichte über rassistische Polizeikontrollen oder Kontakte zwischen organisierten Neonazis und Polizeibeamt*innen zeigen leider ein systematisches Bild und widerlegen die Erzählung von „Einzelfällen“.

Die Polizei ist kein Heiligtum, das unantastbar ist. Wir als LINKE sollten dafür streiten, dass die Institution, die das staatliche Gewaltmonopol inne hat, umfassend reformiert wird. Das linXXnet schreibt dazu an Dietmar Bartsch:

„Wir arbeiten auf allen Ebenen für soziale Sicherheit und solidarische Nachbarschaften anstelle von Überwachung und Kontrolle. Auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen und in außerparlamentarischen Initiativen und Bündnissen streiten wir letztendlich für eine grundlegende Reform der Polizei. Das bedeutet unter anderem die Einführung einer Kennzeichnungspflicht, eine unabhängige Beschwerdestelle für Polizeibeamt*innen und Bürger*innen, die Auflösung geschlossener Polizeieinheiten, das explizite Verbot von Racial Profiling, die Dokumentationspflicht von Personenkontrollen und die Stärkung von Demokratie- und Menschenrechtsbildung im Rahmen der Polizeiausbildung.“





Hochamt für den Hausheiligen

Daniel Merbitz MdbK: Max Klinger zum 100. Todestag

Es gehört zu den vornehmen Aufgaben des Leipziger Museums der bildenden Künste, sich dem „Hausheiligen“ Max Klinger zu widmen, besonders wenn ein rundes Jubiläum ansteht. Im Falle von Max Klinger ist es der 100. Todestag des 1857 in Leipzig geborenen Künstlers, der jetzt Anlass und Ausgangspunkt für eine würdige Ausstellung ist. Der bescheidene Titel „KLINGER 2020“, der Corona bedingt bis zum 16. August 2020 verlängerten Schau, verschattet jedoch die Tiefe und Breite der Auseinandersetzung mit dem Künstler und seinen Lebensstationen. So ist Auguste Rodin (1840-1917) mit seinem „Johannes der Täufer“ aus dem Jahr 1879, predigend mit einladender Handbewegung, vertreten und verweist auf Max Klingers Pariser Jahre (1883-1887, 1894/95, 1900-1902). Im Pariser Kabinett stehen Auguste Rodins Skulpturen „Ich bin schön“ (um 1885), „Eva“ (um 1881) und „Andromeda“ (um 1888). Dieses Trio und die Zeichnungen sind einfach nur schön. Eine Besonderheit wartet auch: Die Zeichnung „Kambodschanische Tänzerin“ (1906), eigentlich Teil eines umfassenden Konvoluts, zeigt die Faszination, die August Rodin für die Tänzerinnen des kambodschanischen Königs Sisowath 1906 in Paris bei der „Exposition coloniale“ empfand. Zauberhaft: „Der Kuss“ (um 1805), zu den hochrangigen Leihgaben aus dem Musée Rodin Paris gehörend. Ein Paukenschlag mit kunsthistorischer Wucht ist der Saal mit dem dort permanent zu sehenden „Beethoven“ (1902) von Max Klinger. Um diesen herum werden Max Klingers Hauptwerke inszeniert: von „Die blaue Stunde“ (1890)

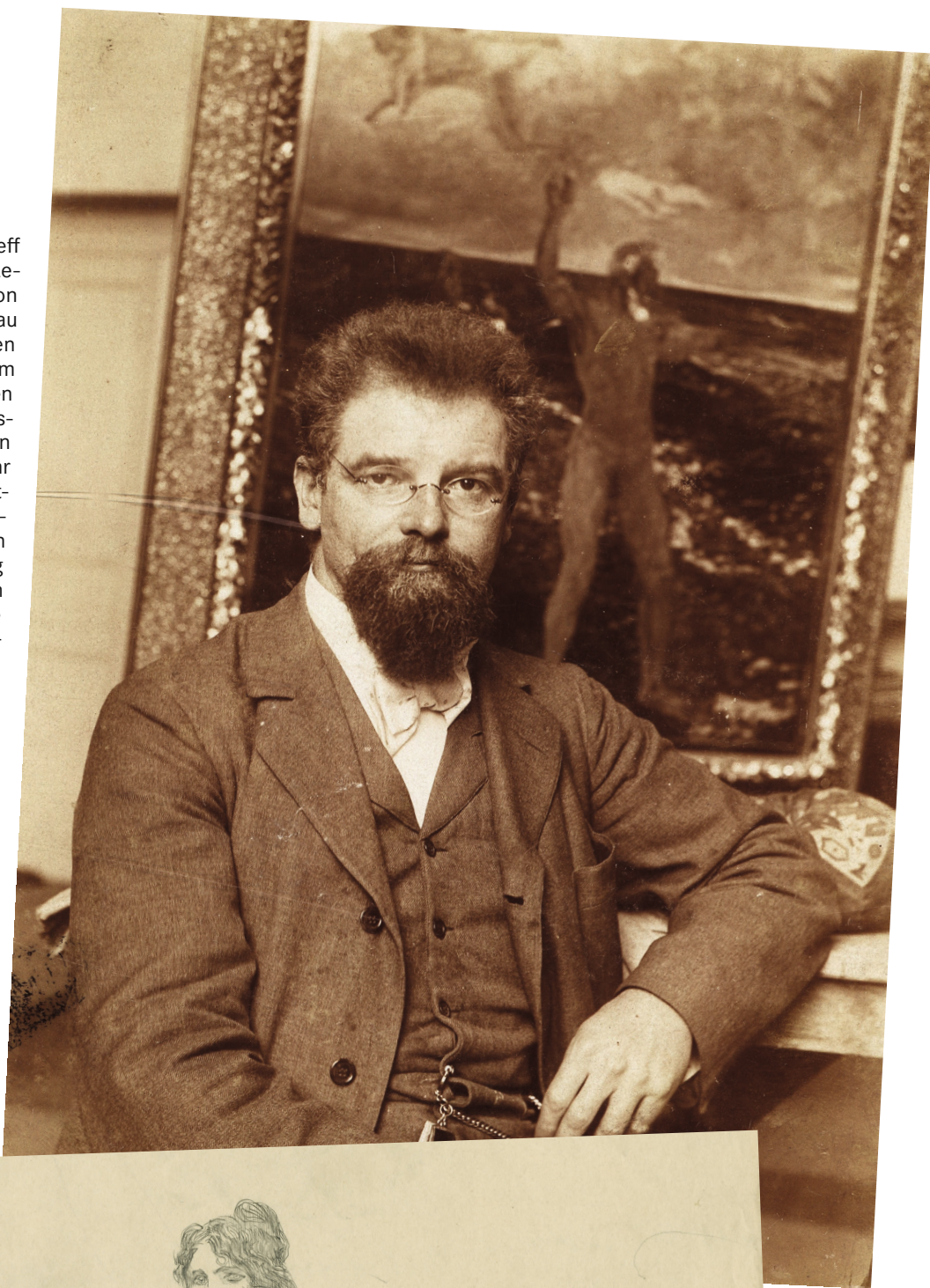
über „Christus im Olymp“ (1897) bis „Die Kreuzigung Christi“ (1890), dazu Plastiken von der „Kauernden“ (1900/01) über „Kassandra“ (1895) bis zu „Badendes Mädchen, sich im Wasser spiegelnd“ (1896/97). Dann geht es nach Wien, Gustav Klimt, Frauenporträts, Zeichnungen - liebenswert im Dialog präsentiert. Das k. u. k. Wien und Max Klinger müssen immer gemeinsam gedacht werden, denn anlässlich des 50-jährigen Thronjubiläums von Kaiser Franz Joseph I. provozierte und begeisterte Max Klinger 1898 im Wiener Kunsthaus und 1899 sowie 1902 in der „Wiener Secession“. Pastell-gelb und südlich-flirrend, wie in den berühmten gleißenden und heißen Sommern in Rom, beleuchtet ein Kabinett mit echten Gemälden und Reproduktionen von Kriegsverlusten seine Jahre (1888-1893) in der italienischen Hauptstadt. Die Präsentation der Ausgestaltung der Villa Albers in Berlin ist ebenfalls ein wahres Kleinod: Man fühlt sich wie in einem bürgerlichen Salon, dazu beschwingte und verspielte Meereshgötter, Tritonen, Najaden, Fische und Sphinxen, Seepferdchen, mystische Mischwesen verwoben in mediterraner Leichtigkeit. Wertvoll, selten gezeigt sind Max Klingers Studien zum „Urteil des Paris“: u.a. die „Hera“ (um 1885). In der dritten Etage erstaunt neben den silbernen Tafelaufsätzen vor allem der farbige Gesamtwurf für die (nie ausgeführte) Ausmalung des Treppenhauses im früheren Museum der bildenden Künste am Augustusplatz aus dem Jahr 1896. Stark und einfühlsam präsentiert in einem begehbaren räumlichen Modell. Ein nie enträtseltes Bildprogramm macht diesen

Ort zur heimlichen Herzkammer der Ausstellung: Genien, Gelage, Musen, Christus, die Schaumgeborene, ein Strand, Matriarchat, Kleopatra, Tod, Schlacht, trauernde Mütter, Ruhmeshalle, Grazien? Wir stehen staunend und zugleich fragend davor und nehmen das Rätsel mit. Max Klinger und Elsa Asenijeff und Gertrud Bock. Ein eigenes Kapitel, in allen Beziehungen. Einblick darin geben Max Klingers letzter und sehr emotional aufgeladener Grafikzyklus „Zelt“ (1916) und die kleinformatigen „Erotischen Blätter“, die mit ihren Alpmahren nicht zuletzt auch an Johann Heinrich Füssli denken lassen. Eine Tiefenbohrung in die Seelenzustände. Interessant: Die Federzeichnungen Max Klingers und die Texte von Elsa Asenijeff in der „Epithalamia (Hochzeitsgespräch)“ oder auch ihr lyrischer Roman „Hohelied an den Ungenannten“. Max Klinger und Käthe Kollwitz: der wechselseitigen künstlerischen Auseinandersetzung ist ein exzellentes Kabinett gewidmet. Didaktisch ist die von mehreren Kuratorinnen und Kuratoren gestaltete Ausstellung auf der Höhe der Zeit: schöne Zitate an den Wänden, besonders illustre u.a. die des „Neuen Wiener Tageblatts“ bis hin zu Thomas Mann. Wandtexte und Erläuterungen sind verständlich. Nachteilig jedoch manche Beschriftungen in dunkelgrau auf mittelgrau und dann noch auf Fußknöcheltiefe. Fazit: Ein Hochamt für den „Hausheiligen“ Max Klinger. Eine facettenreiche, großartige Ausstellung. Hingehen, Zeit mitbringen, Gedanken fliegen lassen.

Durch Himmel und Hölle gegangen

Lavinia Hudson Elsa Asenijeff
und Max Klinger

Man hört heute den Namen Elsa Asenijeff und verbindet diesen immer mit der Lebensgefährtin, Muse und Geliebten von Max Klinger. Doch was macht diese Frau noch aus, die bislang in seinem Schatten steht? Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig zeigt im Haus Böttchergässchen bis 23. August 2020 im Rahmen der Ausstellung „Und ich küsse Dich mit allen Gedanken!“ eine Frau, die weitaus mehr ist, als die Inspirationsquelle eines Künstlers: Sie machte sich als Dichterin, Frauenrechtlerin und Ikone des literarischen Expressionismus nicht nur in Leipzig einen Namen. Das Museum bewahrt in seiner Sammlung mehr als 1300 Briefe auf, die sich Max Klinger und Elsa Asenijeff zwischen den Jahren 1898 und 1918 geschrieben haben. Im Jahre 1867 in Wien geboren wurde sie Lehrerin, reiste durch Europa, übernahm den Vorsitz im Frauenstimmrechtsverein, glückliche und unglückliche Lieben, verwoben und verkämpft mit ihrer Zeit, Zwangseinweisungen in Nervenkliniken – und starb 1941 in Bräunsdorf. Nach dem Tod Max Klingers ging sie durch die Hölle. In dieser reizenden Studioausstellung werden Briefe voller Poesie und Leidenschaft, voller erotischer Anspielungen und Zärtlichkeiten zwischen Elsa Asenijeff und Max Klinger gezeigt. Ein Himmel voller Leidenschaften. Zu indiscret der Blick hinein? In Gemälden und Exlibris ist die Zusammenarbeit beider Künstler zu sehen. Ja: Natürlich machten auch Max Klingers Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen sie unvergessen. Sie war sein Modell. Diese ist aber nur eine ihrer vielen Facetten, auf die anderen richtet das Stadtgeschichtliche Museum jetzt den starken Strahler. Und so verschwindet der Schatten für uns Heutige und es leuchtet eine wunderbare Elsa Asenijeff.



Max Klinger an Elsa Asenijeff,
11. September [1898?], Vorderseite: Vision von Tag und Nacht 11. Sept., Rückseite: Lieb! Einzige Süsse! Verzeih die Carricatur da vorn! Hätt ich das liebste Original im Arm!
Foto: © Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

Vision von Tag und Nacht
11. Sept.

Mit Volldampf durch den Sommer

Klaudia Naceur Bundestagsabgeordneter
Sören Pellmann auf Sport- und Sommertour

Am 4. Juli begann die Parlamentarische Sommerpause 2020 im Deutschen Bundestag. Bis der Leipziger Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann jedoch ab August in seinen wohlverdienten Urlaub starten kann, hat er sich allerdings noch einen pickepackevollen Terminkalender verordnet. Bereits das dritte Jahr in Folge geht Pellmann auf Sport- und Sommertour durch Leipzig, besucht dabei gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Leipziger LINKEN und Sprecher für Sport im hiesigen Stadtrat, Dr. Adam Bednarsky, verschiedene Sportvereine und hat an Infoständen im gesamten Stadtgebiet ein offenes Ohr für die Anliegen der Leipzigerinnen und Leipziger.

Sören Pellmann erklärt dazu: „Es ist mir wichtig, dass ich mit einem Ohr stets bei den Bürgerinnen und Bürgern bleibe und wir einen ständigen Austausch über die Probleme vor Ort haben. Diese Sport- und Sommertour soll neben den individuellen Gesprächen bei den einzelnen Vereinen, ein Angebot für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt sein, die mich an jedem einzelnen Info-Stand besuchen können. Aus diesem Grund habe ich mich auch entschieden die Tour nicht nur in meinem Wahlkreis, dem Leipziger Süden, durchzuführen, sondern auch im Nordwahlkreis mehrfach Station zu machen.“

Gleichzeitig ist es eine Einladung an alle Genossinnen und Genossen der jeweiligen Ortsverbände, sich hinzuzugesellen sowie an Stadträtinnen und Stadträte, sich in ihrem Wahlkreis zu präsentieren.

Montag, 20.07.

- 09.00-10.45 Uhr: Infostand am Connewitzer Kreuz in Connewitz
- 11.00-12.45 Uhr: Infostand am Moritzhof in Löbnitz
- 13.00-15.00 Uhr: Infostand Stötteritzer Straße / Eichlerstraße in Stötteritz
- 14.30-16.30 Uhr: Besuch beim Behindertenbeirat
- 17.00-18.30 Uhr: Besuch beim „MC Post Leipzig“ am Cottaweg
- 19.00-21.00 Uhr: Besuch beim „SV Mölkau 04 e.V.“

Dienstag, 21.07.

- 09.00-10.45 Uhr: Infostand an der Elsterpassage in Plagwitz
- 11.00-12.45 Uhr: Infostand am Adler in Kleinzschocher
- 13.00-15.00 Uhr: Infostand am Konsum, Karl-Heine-Straße in Plagwitz
- 16.00-17.30 Uhr: Besuch beim Judo- und Kampfsportverein



Im Rahmen der Ratsversammlung habe ich mich mit Eltern sowie Schülerinnen und Schülern über die Situation an der 31. Grundschule in Leipzig ausgetauscht. Dort soll im kommenden Schuljahr eine Klasse aufgeteilt werden, damit diese im Jahr darauf wieder zusammengeführt wird. Dies halte ich für pädagogisch nicht verantwortbar und unterstütze die Forderung nach der Aufrechterhaltung der jetzigen 2c.

Bild: Oliver Gebhardt

„Sportlöwen Leipzig“ in Lindenau

- 18.00-20.00 Uhr: Besuch beim „FC International“ in Sellerhausen

Mittwoch, 22.07.

- 09.00-10.45 Uhr: Infostand am REWE, Grünauer Allee in Grünau-Ost
- 11.00-12.45 Uhr: Infostand am Konsum, Könnertitzstraße in Schleußig
- 13.00-15.00 Uhr: Infostand am Sommerbad Kleinzschocher
- 14.30-15.45 Uhr: Besuch beim Beachvolleyball-Verein „BeachLe e.V.“ in Großzschocher
- 16.00-17.30 Uhr: Besuch beim Parcoursport-Verein „Twio X“ in Lindenau
- 18.30-20.00 Uhr: Besuch bei „LOK Nordost“ in Mockau

Donnerstag, 23.07.

- 08.00-09.00 Uhr: Besuch bei „Wacker Gohlis“ in Gohlis
- 09.00-10.45 Uhr: Infostand am Schreiberbad im Zentrum West
- 11.00-12.45 Uhr: Infostand auf dem Richard-Wagner-Platz im Zentrum
- 13.00-15.00 Uhr: Infostand gemeinsam mit Rico Gebhardt (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Sächsischen Landtag) in der Petersstraße im Zentrum
- 16.00-18.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Grünau in der Stuttgarter Allee 18

Freitag, 24.07.

- 08.00-09.00 Uhr: Besuch beim „FC Blau-Weiß Leipzig“ in Kleinzschocher
- 09.00-10.45 Uhr: Infostand am ALDI, Nonnenstraße in Schleußig
- 11.00-12.45 Uhr: Infostand am REWE, Tarostraße im Zentrum Süd-Ost
- 13.00-15.00 Uhr: Infostand am REWE,

Holzhäuser Straße in Stötteritz

Montag, 27.07.

- 09.00-11.00 Uhr: Infostand am Konsum, Nordstraße im Zentrum Nord
- 14.30-16.00 Uhr: Infostand am Konsum, Waldstraße im Zentrum West

Montag, 28.07.

- 09.00-11.00 Uhr: Infostand am Kaufland, Georg-Schumann-Straße 290 in Möckern
- 14.30-16.00 Uhr: Infostand am Eutritzscher Zentrum, Delitzscher Straße in Eutritzsch

Mittwoch, 29.07.

- 09.00-11.00 Uhr: Infostand in der Goldsternstraße in Paunsdorf
- 14.30-16.00 Uhr: Infostand Hermann-Liebmann-Straße / Eisenbahnstraße in Volkmarsdorf

Donnerstag, 30.07.

- 09.00-11.00 Uhr: Infostand am Mockau Center, Essener Straße / Kieler Straße / Mockauer Straße in Mockau
- 14.30-16.00 Uhr: Infostand am Kaufland, Dresdner Straße in Reudnitz-Thonberg

Freitag, 31.07.

- 09.00-11.00 Uhr: Infostand am Konsum, Coppistraße in Gohlis
- 14.30-16.00 Uhr: Infostand am Kaufland, Georg-Schumann-Straße 105 in Gohlis

Sommer-Öffnungszeiten im Wahlkreisbüro Grünau (Stuttgarter Allee 18)

- 20.-24. Juli: täglich 10 - 14 Uhr
- 27.-31. Juli: täglich 11 - 14 Uhr
- 03.-07. August: täglich 09 - 15 Uhr



Bild: Kay Kamieth

Blockade gegen Kuba sofort beenden!

AG Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig Bericht über die Protestaktion des Leipziger Stadtverbandes DIE LINKE und der AG Cuba Sí am 2. Juli 2020 in Leipzig

Zwei Tage vor dem 244. Jahrestag der Unabhängigkeit der USA fand zum dritten Mal in Leipzig eine Protestaktion gegen die völkerrechtswidrige, unmenschliche Blockade der USA gegen Kuba statt. Regionalgruppen der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei DIE LINKE aus Leipzig, Chemnitz, Gera, Halle, Magdeburg und Berlin, die Mitglieder des Leipziger Stadtverbandes der Partei DIE LINKE, Kai Kamieth und Steffi Deutschmann, sowie weitere Teilnehmer hatten nach einem Protestmarsch vor dem Generalkonsulat der USA in Leipzig das sofortige Ende der Blockade der USA und ihrer Verbündeten gegen Kuba, das Ende jeglicher Einmischungspolitik der USA in Länder mit fortschrittlichen, humanistischen, sozial gerechten, antiimperialistischen und antineoliberalen Bestrebungen gefordert.

Nachdem Mitglieder verschiedener Regionalgruppen der AG Cuba Sí jüngste Akte des Verbrechens der USA im Rahmen seiner Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba aufzählten, prangerte Thomas Kachel, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft „Frieden und internationale Politik“ der Partei DIE LINKE Sachsen, in seiner Rede diese hegemonistische Politik der USA im Bündnis mit den westlichen Ländern gegen Kuba an, ordnete diese Politik als Teil der gesamten aggressiven Innen- und Außenpolitik der USA ein. Er würdigte die interna-

tionale Solidarität Kubas insbesondere auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sowie die sozialen Errungenschaften Kubas seit dem Sieg der Revolution 1959 und zeigte gleichzeitig beispielhaft auf, wie die USA, aber auch deutsche staatliche Medien sowohl die medizinischen Leistungen als auch weitere soziale Errungenschaften Kubas für die eigene Bevölkerung und für andere Staaten diskreditieren. Aus derartigen Informationsquellen erwachsen keine Grundlagen für solidarisches Handeln. Dafür brauche es gesunden Menschenverstand, Wissen, Wachsamkeit und entschlossene humanistische Positionen.

Der Leipziger Parteivorstand DIE LINKE und die beteiligten Regionalgruppen Cuba Sí erklärten in der Protestresolution, welche an das Generalkonsulat der USA in Leipzig übergeben wurde, unter anderem:

„Jede weitere Blockademaßnahme entlarvt die Großmachtsucht der US-Regierung, die es nicht erreichen wird, das kubanische Volk zu isolieren und zu brechen. Mit Sorge sehen wir, dass die US-Politik das eigene Land von der angestrebten respektvollen internationalen Zusammenarbeit isoliert. Während die US-Regierung mit ihrem Druck auf „Verbündete“ ihr Weltmachtinteresse mit Sanktionen, mit Soldaten, Waffen, Völkermorden durchsetzt, retten kubanische Mediziner selbst-

los, engagiert und kompetent Menschenleben in der Welt. Für den Schutz und Erhalt des menschlichen Lebens auf unserem gemeinsamen Planeten lohnt es sich, Geld und Material gemeinsam einzusetzen. Keine Vernichtung, sondern weltweiten Erhalt und Schutz der Menschen, Natur und Umwelt betrachten wir gemeinsam mit Kuba, mit vielen US-Amerikanern und weiteren fortschrittlichen Denkenden in der Welt als Pflicht der Regierungen aller Länder.

Wir werden nicht aufhören, die beispielhaften humanistischen Errungenschaften der kubanischen Revolution zu verbreiten, die aggressive, verbrecherische, inhumane Politik der US-Regierung gegen Kuba zu entlarven, solange die USA keine respektierende, gleichberechtigte Beziehungen zu Kuba und anderen nach Unabhängigkeit ringenden Ländern pflegen.

Die US-Regierung muss die nationalen und internationalen Forderungen nach gegenseitigen Respekt und der Gleichberechtigung der Völker Ernst nehmen!

Die US-Regierung muss sofort die Blockade gegen Kuba beenden!

Die US-Regierung muss die Einmischungspolitik in Lateinamerika und in andere Länder der Welt sofort beenden!“



MIETEN
RUNTER

Bild: Timan L.

Beim Schutz von Mieter*innen in der Corona-Krise stellen sich Verantwortliche weiterhin taub

AG Soziales DIE LINKE. Leipzig Die Bundesregierung verabschiedete erst vor Kurzem ein Konjunkturpaket zur Bewältigung der Corona-Krise. Es beinhaltet vorwiegend konsumsteigernde Instrumente, die hauptsächlich der Stärkung der Wirtschaft dienen. Leider bleiben viele Betroffene auf der Strecke. Während Autokonzerne von einer Senkung der Mehrwertsteuer profitieren dürften, scheint die Krise für viele Mieter*innen in den Augen der Bundesregierung allerdings vorbei zu sein. Trotz steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die viele Menschen an den Rand der Existenz bringt, ist die Verlängerung des Schutzes vor Kündigung bei Aussetzung der Mietzahlung nicht beschlossen worden; ja sogar explizit ausgeschlossen worden. Diesem Mindestmaß an gesellschaftlicher Solidarität misst die Bundesregierung anscheinend eine erheblich geringere Bedeutung zu, als den Interessen der Vermieter*innen und Investor*innen. Mieter*innen werden hier sprichwörtlich im Regen stehen gelassen. Der Widerstand der Zivilgesellschaft wächst; nicht zuletzt wegen der stark steigenden Anzahl derer, die von Wohnungs- und Obdach-

losigkeit bedroht sein werden: Studierende prekär Beschäftigte, Soloselbstständige und viele mehr. Auch Empfänger*innen von Arbeitslosengeld I und II warten aufgrund der Antragsflut oft auf ihre Unterstützung. Das „WirZahlenNicht!-Komitee“ forderte in seinem offenen Brief zum Shut-Down-Mietenwahnsinn-Aktionstag am 20. Juni mehr Solidarität mit betroffenen Menschen: „Ein solidarischer Umgang mit der Krise heißt, dass Mieter*innen bei der Bezahlung ihrer Miete entlastet werden, ohne sich dabei zu verschulden.“ Das finden wir gut! Darüber hinaus haben sie einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt, der unterstützenswerte Instrumente beinhaltet. Betroffenen unsere Solidarität! Wir fordern, niemand darf in der Krise seine Wohnung verlieren! Die Krise darf nicht einseitig auf den Schultern der Mieter*innen lasten. So dürfen ihre Bedürfnisse bei der Krisenbewältigung nicht schlechter gestellt werden als die von Unternehmen. Caren Lay, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, forderte bereits in ihrer Pressemitteilung vom 25. März weitergehende Maßnahmen zum Schutz von Mieter*innen.

Auf Landesebene forderte Juliane Nagel, unsere wohnungspolitische Sprecherin im Sächsischen Landtag, schon Ende Mai einen weitergehenden Schutz von Mieter*innen: „Sachsen ist ein Land der Mieterinnen und Mieter – die Staatsregierung muss handeln! Wir wollen einen echten Schutzschirm aufspannen und fordern, dass der Mietaufschub auch über den 30. Juni fortgelten und zinslos erfolgen muss. Wer heftige Einkommensausfälle zu verzeichnen hat, soll nur die halbe Miete zahlen müssen. Der ‚Sicher-Wohnen-Fonds‘ soll die Mietausfälle kompensieren, wenn öffentliche Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Kleinvermieterinnen und -vermieter oder gemeinnützige Wohnungsanbieter davon betroffen sind.“ Auch unser Stadtverband hat den Schutz von Mieter*innen im Fokus. So fordert der Genosse Vorsitzende Adam Bednarsky am 17. März: „Wir bitten demnach die Stadt Leipzig, dass sie in den stadteigenen Betrieben der Daseinsvorsorge Zwangsmaßnahmen wie beispielsweise Stromsperrn umgehend suspendiert und aussetzt.“ Die Ideen sind da; packen wir's gemeinsam an!

Bilder von oben: Kay Kameth, Adam Bednarisky, Kay Kameth



3 Bilder aus Mai und Juni 2020

Bild links oben: Am 14. Juni 2020 fand in Leipzig und anderen Städten ein Aktionstag unter dem Motto #unteilbar durch die Krise statt. Dabei wurde ab 14:00 Uhr ein Band der Solidarität aufgespannt. Dieses gliederte sich in verschiedene thematische Abschnitte auf. Die Schwerpunkte waren Antirassismus, Recht auf Stadt, Klimagerechtigkeit, Feminismus und die soziale Frage. Auch DIE LINKE Leipzig beteiligte sich daran und konnte dabei die LINKEN Vorsitzende Katja Kipping begrüßen.

Bild rechts oben: An der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät stehen einschneidende Veränderungen an. Ab Januar sollen dort weniger Dozierende arbeiten, welche zugleich mehr Lehre stemmen sollen. Studierende wissen am Anfang des Semesters nicht, wer sie prüfen wird. Lehrende können keine Examensarbeiten betreuen, da sie nicht wissen, ob sie im Januar noch beschäftigt sind. Der SDS Leipzig und DIE LINKE Leipzig unterstützen den Widerstand der Beschäftigten und Studierenden und haben sich u.a. am 30. Juni 2020 am Fahrrad-Protest: Notbremse ziehen gegen Kürzungen! beteiligt.

Bild rechts unten: Am 7. Juli 2020 wurde mit der Flaggenhissung am Neuen Rathaus die diesjährige Leipziger CSD-Woche eröffnet. Wie immer waren auch unsere GenossInnen und LINKEN-MandatsträgerInnen verschiedener Ebenen dabei. Auf Grund der Corona Pandemie wird das CSD-Programm 2020 nicht so reichhaltig sein, wie in den Jahren zuvor.



Zielstellung verfehlt

Sören Pellmann IPReG wird zum „Ab-ins-Heim-Gesetz“

Am 2. Juli wurde im Bundestag das Intensivpflege- und Rehabilitationsgesetz, kurz IPReG, beschlossen. Kritik am Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn gab es, als er im August vorigen Jahres vorgestellt wurde. Betroffenenverbände befürchten eine Einschränkung des Rechts von Intensivpflegepatienten auf Betreuung in der eigenen Häuslichkeit und sprachen schnell vom „Ab-ins-Heim-Gesetz“. Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, mahnte ebenso, dass Menschen mit Behinderungen die freie Entscheidung über ihren Aufenthalts- und Wohnort gewährt werden müsse.

Nachdem Spahn seinen Gesetzentwurf zweimal umschreiben ließ, wurde er nun trotz weiter bestehender Kritik beschlossen. Damit werden zahlreiche Ängste der Betroffenen, die dieses Gesetz zurecht als ‚Ab-ins-Heim-Gesetz‘ umschrieben hatten, bestätigt. Anstatt die Situation von Menschen in der außerklinischen Intensivpflege zu verbessern, werden die Bedarfe ignoriert und ein bürokratisches Monster geschaffen. Als Ergebnis bleibt trotz der Änderungsanträge der Koalition der Zweifel, ob die Rechte von Menschen in außerklinischer Intensiv-

pflege wirklich ein Wahlrecht zum Ort der Leistungserbringung haben. Bereits im SGB IX wurde trefflich bewiesen, dass das Prinzip der Zielvereinbarung nicht funktioniert. Oftmals blieb bereits hier der Wille der Betroffenen mangels notwendiger unabhängiger Rechtsberatung und fachkundiger Unterstützung auf der Strecke. Mit dem IPReG und dem damit verbundenen gleichen Zielvereinbarungsverfahren sowie der Einführung einiger neuer unbestimmter Rechtsbegriffe droht nun das gleiche Dilemma. Menschen, die von einem Beatmungsgerät unterstützt werden, drohen gegen ihren Willen aus ihrem sozialen Umfeld, ihrer Arbeit und ihrer Wohnung gerissen zu werden. Sie verlieren damit dramatisch an Lebensqualität. Die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände und Organisationen war insbesondere auch wegen der Corona-Krise nicht umfassend möglich. Daher hätte der Beschluss dieses wichtigen Gesetzes unbedingt verschoben werden müssen. Dies alles beweist, dass die Große Koalition den in der UN-Behindertenrechtskonvention verbrieften Rechten noch immer fremd gegenübersteht.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **LINKE Verteilaktion beginnt:** Bundesweit verteilt DIE LINKE über den Sommer eine Info-Zeitung, in welcher unsere Positionen und Forderungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie enthalten sind. Auch unser Stadtverband beteiligt sich an dieser Aktion. Wir haben 36.000 Zeitungen erhalten, welche in den Monaten Juli und August in die Briefkästen wandern. Zusätzlich hat die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig, einen Zeitungseinleger mit dem Titel „Der kleine Löwenzahn“ erstellt. Dieser liegt in 20.000 facher Auflage vor und dient als lokaler Einleger zur Bundeszeitung. Die Stadtratsfraktion informiert darin über ihre politische Erfolge und weitere Vorhaben vor Ort.
- **SommerSonneSozialismus:** Die Redaktion des MiB wünscht allen Leserinnen und Lesern einen schönen und kämpferischen Sommer und verabschiedet sich bis zur September 2020 Ausgabe.

aktuelle Termine & Aktivitäten



Aufrüstung stoppen – Kriege beenden! Kundgebung zum Weltfriedenstag 2020

DIE LINKE steht für eine konsequente Friedenspolitik. Wir kämpfen für Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Wir stellen uns gegen die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben und wenden uns auch gegen die autoritären Bestrebungen im Inneren. Am 1. September, dem Weltfriedenstag, werden wir kraftvoll für unsere Forderungen eintreten. Dazu rufen wir u.a. mit Leipzig gegen Krieg zur Antikriegskundgebung auf.

Di. 01. September, 16:00 Uhr,
Innenstadt (Infos folgen)

Eine solidarische Gesellschaft nach Corona?! - Was fordert DIE LINKE und was fordert ihr von uns?

Mit Katja Kipping, Parteivorsitzende und Marco Böhme, stellv. Fraktionsvorsitzender Gastbeiträge von Kunst- und Kulturschaffenden, Arbeitnehmer*innen, Geflüchtete, Sexarbeiter*innen und Euch!

Di. 01. September, 19:00 Uhr,
Sachsenbrücke (Schlechtwettervariante um
die Ecke: INTERIM, Demmeringstraße 32)

15. Kinderfest im Park am Wasserschloss

Am Samstag den 05. September 2020 veranstaltet der Stadtbezirksverband Die Linke Leipzig Alt-West zum 15. Mal sein Kinderfest im Park am Wasserschloss. Von 15-18 Uhr bieten wir wie jedes Jahr, Kindern und ihren Eltern Entspannung bei Spiel, Spaß und Kultur. Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt, für Kinder kostenfrei. Abwechslung bieten unter anderem das KAOS Spielmobil, Kinderschminken, Basteln, eine Tombola und Torwandschießen. Das Kindertheater "Malenki" zeigt das Stück "Ritter und Drache" (ab 3 Jahre). Es geht darin um das Überwinden von gegenseitigen Vorurteilen. Hüpfburg, Popcorn und Zuckerwatte werden unser Fest abrunden. Wenn ihr uns beim Auf- oder Abbau helfen könnt, dann meldet euch bitte bei Kay Kamieth (kay.kamieth@dielinke-leipzig.de) in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus.

Sa. 05. September, 15:00 Uhr, Park am
Wasserschloss, Nähe Rathaus Leutzsch

globaLE & Cuba Sí Filmfestival Juli/August 2020

Filmsommer mit globaLE und Cuba Sí Leipzig

AG Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig Wer in diesem Sommer zu Hause bleibt, der kann das in Leipzig erleben

Auch in diesem Sommer laden der Verein GlobaLE e. V. Leipzig und Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig, zu aufschlussreichen Filmen zur Geschichte Kubas sowie zu gegenwärtigen Ereignissen in Kuba infolge der kubanischen Revolution ein. Im Anschluss an die Filmvorführungen haben die Besucher wieder die Möglichkeit zu interessanten Gesprächen unter anderem mit dem bekannten Journalisten Volker Hermsdorf, mit Filmemachern und mit weiteren Überraschungsgästen, die versierte Kenner Kubas bzw. der internationalen Politik sind oder sich als Fachmann/-frau für die solidarische Unterstützung auf ihrem Fachgebiet engagieren. Jüngst veröffentlichte Bücher von Volker Hermsdorf und anderen Autoren werden gegen Spenden abgegeben.

Hier Orte, Termine und Filme im Überblick, Beginn jeweils 20 Uhr:

- Fr. 31.7. (Caracan = LVB Sportplatz im Auwald): **"Das Mafia-Paradies - Kuba vor der Revolution 1959"**
- Sa. 1.8. (Caracan im Auenwald): **"Por la vida - für das Leben"**
- Mi. 19.8. (Richard-Wagner Hain): **"Die Kraft der Schwachen"**
- Mi 26.8. (Clara-Zetkin-Park am Musikpavillon): **"Wo der Himmel aufgeht"**

Alle Veranstaltungen beginnen um 20 Uhr. Wir freuen uns auf Euer Kommen, auf die Gespräche mit Euch und unseren Gästen.

Impressum

Herausgeberin:
Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.
Gestaltung: Tilman Loos
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 31.08., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.